

wollen dienen und keine neue Vorherrschaft unter verändertem Vorzeichen. Auf dieses Dienen, ohne vorweg formulierte Ansprüche und auch ohne allzu vermessenem Vertrauen in die christliche Substanz ihrer Länder, werden sich die Kirchen insgesamt besinnen müssen. Die Wahlen, insbesondere in der Tschechoslowakei und das Schicksal der christlichen Demokraten dort, und zwar in beiden Landesteilen, haben gezeigt, daß die alten Ängste vor einem neuen Klerikalismus durch 45 Jahre Kommunismus nicht ausgestorben sind. Tagespolitische Einmischung, parteipolitische Festlegung oder auch ungebremste triumphale kirchliche Auftritte wirken da nur kontraproduktiv. se

Herausforderungen

Die Russische Orthodoxe Kirche und ihr neuer Patriarch

Nicht nur die Sowjetunion als Staat und als System befindet sich derzeit in einer Zerreißprobe mit ungewissem Ausgang. Auch die Russische Orthodoxe Kirche, deren neuer Patriarch Aleksij am 10. Juni in Moskau inthronisiert wurde, durchlebt eine Periode großer innerer Spannungen. Sogar von der Möglichkeit einer Spaltung der Kirche war in den letzten Monaten die Rede. Hauptstreitpunkt der innerkirchlichen Auseinandersetzungen ist die Frage, wie radikal die Reform der Kirche ausfallen und wie schnell sie vonstatten gehen soll. Die Führung der Russischen Orthodoxie verfolgte in den letzten Jahren, als sich im Zuge der Perestrojka Michail Gorbatschows der Freiraum der Religionsgemeinschaften zunehmend vergrößerte, einen vorsichtigen Kurs: Sie begrüßte die neuen Wirkungsmöglichkeiten und stellte die Bedeutung der Kirche als Hüterin der Tradition und als moralische Instanz heraus, zeigte sich gegenüber Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung der Kirche aber eher reserviert. Demgegenüber plädieren Reformgruppen wie die

Bewegung „Kirche und Perestrojka“ für eine Reorganisation der Orthodoxen Kirche „von unten“, eine mutigere Auseinandersetzung mit der Haltung der Hierarchie in der Zeit der Unterdrückung und eine deutlichere Distanz gegenüber dem Staat.

In diesem Sinn richtete eine Gruppe von Priestern und Laien (darunter der bekannte Dissident *Gleb Yakunin*) am 12. Mai einen offenen Brief an die russisch-orthodoxen Bischöfe, in dem u. a. eine Verschiebung des Landeskonzils zur Wahl eines neuen Patriarchen auf einen späteren Zeitpunkt gefordert wurde. Durch die Einberufung des Landeskonzils auf Anfang Juni (Patriarch Pimen war am 3. Mai gestorben; vgl. HK, Juni 1990, 259) sei keine gründliche Vorbereitung möglich. Außerdem kritisierte der Brief die Ernennung von Metropolit *Philaret* von Kiew zum Amtsverweser. Philaret habe durch seine Äußerungen zum Problem der ukrainisch-katholischen Kirche Öl ins Feuer gegossen und dadurch der orthodoxen Kirche in der Ukraine Schaden zugefügt.

Der Metropolit von Kiew war einer der drei Kandidaten für das Amt des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, die von der Bischofsversammlung dem aus Bischöfen, Priestern und Laien zusammengesetzten Landeskonzil vorgeschlagen wurden. In geheimer Abstimmung entschied sich das Konzil dann aber weder für Philaret noch für *Wladimir*, Metropolit von Rostow und Nowotscherkask, sondern für Metropolit *Aleksij* von Leningrad und Nowgorod. Nach allgemeiner Einschätzung wurde mit dieser Wahl ein Mittelweg eingeschlagen: zwischen dem Metropoliten von Kiew als einem ausgeprägten Repräsentanten des bisherigen kirchlichen Establishments, der sich durch seine starre Haltung in der Ukrainerfrage in eine Sackgasse verrannte, und Metropolit *Wladimir*, Kanzler des Moskauer Patriarchats und jüngster der drei Kandidaten, der als Exponent des Reformflügels gilt und auch von „Kirche und Perestrojka“ favorisiert wurde.

Bemerkenswert an der Person des neuen Patriarchen von Moskau und ganz Rußlands ist zunächst seine Her-

kunft: Aleksij wurde 1929 im damals unabhängigen Estland geboren und entstammt einer deutsch-baltischen Adelsfamilie. Man erhofft sich von ihm deshalb eine größere Sensibilität für die Autonomiebestrebungen der Nichtrussen in der Sowjetunion und mehr Distanz gegenüber dem in Teilen der Russischen Orthodoxen Kirche verbreiteten großrussischen Nationalismus. Erste Äußerungen aus der ukrainisch-katholischen Kirche bewerteten die Wahl des Metropoliten von Leningrad und Nowgorod positiv. *Ökumenische Erfahrungen* erwarb der Nachfolger von Patriarch Pimen vor allem im Rahmen der Konferenz Europäischer Kirchen, deren Präsidium er seit 1964 angehört. Seit 1987 steht er an der Spitze der KEK und leitete in dieser Eigenschaft zusammen mit Kardinal Martini die Europäische Ökumenische Versammlung von Basel im Mai vergangenen Jahres (vgl. HK, Juli 1989, 297–299).

Schon 1987 hatte Aleksij die *rechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften* in der Sowjetunion kritisiert und sich für die Ablösung der Religionsgesetze von 1929 durch neue Regelungen ausgesprochen. Kurz vor seiner Wahl zum Patriarchen behandelte der Oberste Sowjet jetzt am 30. Mai in erster Lesung das seit geraumer Zeit angekündigte neue *Religionsgesetz* (zu den 1989 bekanntgewordenen Entwürfen vgl. HK, April 1989, 156–158 u. Mai 1989, 205–206). Die Verabschiedung des Gesetzes ist für September dieses Jahres vorgesehen. Es wird sich zeigen, ob der endgültige Gesetzestext den Bedenken der Russischen Orthodoxen Kirche gegenüber der jetzt beratenen Fassung Rechnung trägt. Die Kirche wünscht u. a. Präzisierungen bei den Bestimmungen über den Status religiöser Vereinigungen als juristische Personen, über die Verlagstätigkeit der Religionsgemeinschaften und die religiöse Unterweisung.

Mit programmatischen Äußerungen zur Reform seiner Kirche ist der neue Patriarch in den letzten Jahren nicht hervorgetreten. Seine Hauptaufgabe dürfte in nächster Zeit sein, die Russische Orthodoxie mit ihren auseinanderdriftenden Flügeln und Strömungen

gen zusammenzuhalten und sich um eine für alle Seiten akzeptable Lösung der Konflikte in der Ukraine zu bemühen. An Herausforderungen für das neue Oberhaupt der größten orthodoxen Kirche mangelt es nicht: Im Herbst wollen Kirchenreformer eine „gesamtrussische orthodoxe Versammlung“ abhalten und dabei Leitlinien für eine grundlegende Erneuerung ihrer Kirche erörtern. ru

Alarmierend

Der jüngste UN-Bericht zur Bevölkerungsentwicklung

Der diesjährige UN-Weltbevölkerungsbericht – in Deutschland verbreitet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen – schlägt einen alarmierenden Ton an. Maßgebend dafür sind zunächst wohl die zeitlichen Umstände. Wir sind in das letzte Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende eingetreten. Dies ist ein hilfreicher Anlaß, um auf dramatische Entwicklungen aufmerksam zu machen, die weit in das kommende Jahrhundert hineinreichen, und eine gute Gelegenheit, vor allem an das bevölkerungspolitische Gewissen von Regierungen zu appellieren, sie möchten vor der schicksalhaft drohenden Katastrophe einer die Ressourcen dieser Erde unwiederbringlich aufzehrenden Überbevölkerung nicht die Augen verschließen und der Situation zu steuern versuchen, solange das noch Sinn gibt. Der eigentliche Anlaß der massiven Warnungen ist aber das *Eingeständnis einer demographischen Fehlkalkulation*. Noch Mitte der achtziger Jahre gingen die Bevölkerungsexperten der Vereinten Nationen davon aus, daß sich das Bevölkerungswachstum in der Tendenz zwar nicht umkehren, aber doch kontinuierlich eindämmen lasse. Fast überall – Ausnahmen blieben die Länder Südasiens (vor allem Indien, Pakistan, Bangladesch) und einige Gebiete Afrikas – gab es rückläufige Zuwachsraten. Die Statistiker rechneten aufgrund dieses Rückgangs damit, daß die damals erstellte mittlere Prognose

(von drei möglichen Varianten) sich realisieren und die Bevölkerungszahl langfristig – zum Ende des nächsten Jahrhunderts – sich bei 10 Milliarden Gesamtbevölkerung einpendeln würde.

Nach den jüngsten Prognosen ist aber selbst dieses Ziel nicht mehr zu erreichen. Der Bericht signalisiert, daß bereits die Annahmen für die achtziger Jahre beträchtlich überschritten wurden, daß die Wachstumsraten in den meisten Entwicklungsländern einen *geringeren Rückgang* aufweisen als noch vor 5 Jahren angenommen und daß bei Zugrundelegung der Wachstumsraten der letzten Jahre langfristig mit einem noch höheren Wachstum zu rechnen ist, mit einem Anstieg von jetzt 5,3 Milliarden auf 11 Milliarden bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts. Und selbst das erscheint den Verfassern des Berichts noch als eine niedrige Annahme; im schlimmsten Fall müsse mit einer Gesamtbevölkerung bis zu 14 Milliarden gerechnet werden.

Am dramatischsten erweist sich die Entwicklung in *Südasien*. Dort sank die Fruchtbarkeitsrate von 1975 bis 1980 noch von 6 auf 5,3 Kinder pro Frau, aber in den fünf Jahren darauf nur noch von 5,3 auf 5,1 Kinder. 95 Prozent des Bevölkerungswachstums gehen zu Lasten der Dritten Welt mit beträchtlichen kontinentalen und regionalen Verschiebungen im Gefolge. In Europa lebten 1950 noch 22 Prozent der Weltbevölkerung, nach den im Bericht genannten Projektionen werden es schon 2025 weniger als 9 Prozent sein. In *Afrika* lebten 1950 nur 9 Prozent, im Jahr 2025 werden es nach der gleichen Projektion bereits an die 20 Prozent sein. Das Bevölkerungsverhältnis zwischen Europa und Afrika würde sich in dieser Zeitspanne also nahezu umkehren. Süd- und Ostasien weisen mit ca. 1,2 Milliarden Menschen noch eine ungefähr gleiche Bevölkerungszahl auf; aber aufgrund der höheren Wachstumsrate – gegenwärtig 2,3 Prozent – wird für die südasiatischen Länder bis zum Jahre 2025 mit einer Zunahme auf 2,174 Milliarden gerechnet, in den ostasiatischen Län-

dern hingegen nur mit einer Zunahme bis zu 1,6 Milliarden. Für *Lateinamerika* wird für den gleichen Zeitraum eine Steigerung von jetzt 448 Millionen auf 760 Millionen prognostiziert.

Der Bericht möchte aber nicht in erster Linie mit Zahlen und globalen Berechnungen schrecken, hinter denen sich, selbst bezogen allein auf die Entwicklungsländer, auch demographisch sehr unterschiedliche Situationen verbergen. Er will vor allem auf *die Folgen* aufmerksam machen, mit denen im Falle eines nicht eingedämmten Bevölkerungswachstums vor allem in den Ländern der Dritten Welt, aber von dort ausgehend weltweit zu rechnen ist. Die Nahrungsmittelproduktion kann mit dem Bevölkerungswachstum – selbst auf dem niedrigen Niveau heutiger Entwicklungsländer – nicht Schritt halten. Damit verschlechtert sich die Aussicht auf die Verbesserung der Ernährungssituation langfristig mit allen Folgen für die einzelnen und das gesellschaftliche Zusammenleben. Die katastrophalen Auswirkungen allein schon durch das Bevölkerungswachstum – ohne Berücksichtigung der zu erstrebenden Angleichung des Zivilisationsniveaus – auf den Ressourcen- und Energieverbrauch, damit auf die Lebensbedingungen auf der Erde insgesamt (Klimaveränderung, Treibhauseffekt) sind abzusehen.

Da ist es sehr plausibel, daß die Bevölkerungsstatistiker vor allem die Regierungen der Dritte-Welt-Länder mahnen, im Bemühen um niedrigere Geburtenraten nicht nachzulassen, die *Aufklärung über das generative Verhalten* als Teil der Verantwortung für die nächsten und übernächsten Generationen zu intensivieren und alle Möglichkeiten der Empfängnisregelung durch Zurverfügungstellung „sicherer“ Verhütungsmittel zu nutzen. Die Sprache des Berichts ist diesbezüglich um so eindringlicher, als er vermutet, der geringere Rückgang der Steigerungsraten menschlicher Fruchtbarkeit in den achtziger Jahren sei nicht zuletzt auf das Nachlassen der Bemühungen der Regierungen in diesem Punkt zurückzuführen. Je enger die Finanzierungspielräume würden, um so mehr werde bei sozial- und gesund-